

Das „Freie Wort“ erscheint wöchentlich am Mittwoch und Freitag mit Ausnahme der Feiertage. Der Preis beträgt für den Jahrgang im Voraus 120 Pfg. ...

Interessante Artikel: „Kriegsgefangene“, „Die Revolution in Ungarn“, „Die Arbeiterbewegung in Frankreich“ ...

# Freie Wort

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Revolutionärer Aufbau in Ungarn.

## Die Organisation der Roten Armee.

Drahtbericht der „Freiheit“.

Budapest, 25. März.

Der revolutionäre regierende Rat hat die Bildung einer auf Revolutionsdisziplin basierenden neuen Proletarierarmee der ungarischen Räterepublik angeordnet. Es ist eine sogenannte Rote Armee, welche in erster Reihe auf Anwerbungen aus den Reihen der organisierten Arbeiterkassen und aus den gegemeinlich unter Waffen stehenden Proletariatsoldaten beruht. Der Eintritt in die Armee erfolgt auf Empfehlung seitens der Vertrauenskörperschaften der Truppenkörper oder der ungarischen Sozialistenpartei oder der Fachorganisationen oder schließlich des Rates der Arbeiter und oberbaureisenden Proletarier.

Die Soldaten der Roten Armee erhalten volle Verpflegung und Kleidung, Ausrüstung und außerdem monatlich 450 Kronen Gehalt. Jedes ihrer Familienmitglieder erhält eine Familienzulage von 50 Kronen monatlich. Diejenigen Soldaten, die für ihre Familien zu sorgen haben, erhalten halbjährlich ein Quartiergehalt von 300 Kronen. Nach jedesmonatlicher, in tabellarischer Disziplin verfaßter Dienstzeit erhält jeder Soldat eine Prämie von 300 Kronen. Die Räterepublik erachtet es als ihre heiligste Pflicht, für die Angehörigen der Gefallenen oder Verwundeten zu sorgen.

Der oberste Leiter der Roten Armee ist der revolutionäre regierende Rat. Die direkte Leitung und Organisation der Armee ist die Aufgabe des Volkskommissariats für das Kriegswesen. Die Revolutionsdisziplin wird in höchster Instanz vom Revolutionsgericht überwacht. Ueber kleinere Vergehen urteilen die Geschworenengerichte der Truppenkörper.

Die Rote Armee ist das Massenheer des Proletariats. Jeder Soldat hat die gleiche Pflicht, die Interessen des Proletariats gegen jeden inneren und äußeren Feind zu schützen und für die Befreiung des Weltproletariats zu kämpfen. Ehren und Kommandosgrade gibt es in der Armee nicht. Es gibt nur Befehlshaber und Soldaten. Die Befehlshaber werden, wie Kampagnenführer angefangen vom Volkskommissar für das Kriegswesen ernannt. Jeder Kommando wählt einen Vertrauensmann, der zugleich Führer ist. Jeder Schwarm wählt einen Schwarmführer. Zur Kontrolle der Wirtschaftsangelegenheiten, der Verpflegung und der kulturellen Angelegenheiten wählt jede Unterabteilung je einen Wohlfahrtsvertrauensmann. Die verschiedenen Wohlfahrtsvertrauensmänner vereinigen sich bei jedem Truppenkörper zu einem Wohlfahrtsausschuß.

Die Unterabteilungskommandanten sind, wenn möglich, aus den militärischen Erfahrungen bestehenden Elementen des Proletariats zu wählen. Die Ernennung der höheren Kommandanten hat nur nach eingehender Prüfung der Ernennungsberichte, wobei auch auf politische Zuverlässigkeit Rücksicht genommen wird, durch das Komitee zu erfolgen, welches aus einem Vertreter des Volkskommissariats, einem Arbeiter- und Soldatenrat und für das Kriegswesen aus Arbeiter- und Soldatenrat und für das Kriegswesen aus Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wird. Innerhalb der Roten Armee werden auch Arbeiter-Reservekommandos und Truppenkörper gebildet, deren Kommandanten ausschließlich aus den Reihen der Arbeiterkassen entnommen werden. Die Ausbildung wird durch Offiziere befohlen, denen weder das Recht eines Kommandanten, noch das Recht, Waffen zu tragen, zusteht. Die Ausbildung hat außerhalb der normalen Arbeitszeit zu erfolgen. Die Anwerbung für die Rote Armee hat sofort nach der Publikation der Verordnung zu erfolgen, und jeder, der die Anwerbung verhindert, oder deren Interessen durch Nachlässigkeit schädigt, ist vor dem Revolutionsgericht zur Verantwortung zu ziehen.

## Gegen die Sabotage der Unternehmer.

Budapest, 25. März. (Korr. Bureau.) Das Volkskommissariat für soziale Produktion erließ eine Verordnung, wonach die Besitzer von Betrieben und Unternehmungen verpflichtet sind, ihre Betriebe in einem den Kohlen- und Rohstoffverhältnissen entsprechenden Maße aufrecht zu erhalten. Jede Sabotage der Besitzer wie: Betriebsunterbrechung, Vernachlässigung der pflichtgemäßen Instandhaltung, unbearbeitete Verweigerung der Zulassung von Arbeitsschichten, Abtransport aufzuarbeitenden Materials oder der im Betriebe notwendigen Maschinen und

Einrichtungen, bilden Verbrechen. Alle Personen, welche solche Handlungen begehen, werden vor das Revolutionsgericht gestellt.

(Korr. Bureau, das dieses Telegramm des ungarischen Korr. Bureau wieder gibt, unter schlägt den zweiten Teil, der das wesentlichste, nämlich das Verbot jeglicher Sabotage der Unternehmer, enthält. Eine solche Verletzung ist ein öffentlicher Skandal.)

## Anschluß der bürgerlichen Parteien.

Budapest, 24. März. In einer Ansprache bei der Verabschiedung der Mitglieder des früheren Kabinetts bemerkte Karaszi, alles was geschehen sei, sei eine naturgemäße Entwicklung, die durch die Unfähigkeit der Entente beschränkt wurde. Er sehe ein, Ungarn sei heute nur noch auf dem Weg über die Internationale zu retten. Ein jeder möge nach Kräften dazu beitragen, daß das Unternehmen des neuen Regimes gelingt, denn dies fördere das Interesse der ungarischen Rasse.

Budapest, 25. März. (Redung des ungarischen Telegramm-Büros.) Die Karaszi-Partei hielt heute ihre letzte Sitzung ab, in welcher die Auflösung der Partei beschlossen wurde. Die Redner betonten unter lebhaftem Beifall der Anwesenden die Notwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte zur Unterstützung des revolutionären Regimes. Auch die radikale Partei hat ihre Auflösung beschlossen.

## Die Beamten und die Revolutionsregierung.

Budapest, 25. März. (Korr.) Die Beamten des Ministerpräsidenten der revolutionären Räteregierung erschienen mittags vor dem Präsidenten Garbai, welcher in seiner Antwort auf die Begrüßung betonte, daß die Pflicht aller die Mitwirkung bei Schaffung der neuen Ordnung mit Anspannung aller physischen und geistigen Kräfte ist. Wer sich die neue Ordnung nicht zu eigen machen kann, muß die Konsequenzen ziehen. Man kann nicht mit solchen Beamten arbeiten, die den Geist der Diktatur des Proletariats nicht verstehen.

## Auflösung der Staatspolizei.

Budapest, 25. März. Nach einer Meldung des Korr. Büros löste die Staatspolizei sich auf und stellte sich der neu zu errichtenden Roten Revolutionsarmee zur Verfügung. Der Volkskommissar für das Polizeiwesen nahm das Anerbieten an und forderte die Polizei auf, bis zur Schaffung der Roten Armee den Sicherheitsdienst weiter zu versehen.

## Befreiung der russischen Mission.

Budapest, 25. März. (Korr.) Die russische Kriegsgefangenenkommission, welche seiner Zeit in Ungarn verhaftet und im Szegediner Gefängnis durch Franzosen bewacht wurde, ist heute von der Arbeiterschaft mit Waffengewalt befreit worden. Die Mitglieder der Kommission trafen in Budapest ein.

## Ein holländisches Urteil.

Amsterdam, 24. März. Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Het Volk“ schreibt über die Vorgänge in Ungarn: Wer mit uns das Vertrauen in die historische Mission der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft bewahrt, wird auch von dieser Tatsache, obwohl die Tragweite noch nicht abzusehen ist, ohne Bestürzung oder Niedergeschlagenheit Kenntnis nehmen. Ohne einen neuen und womöglich schrecklicheren Krieg wäre die nächste Zukunft doch furchtbar. Die Feinde wollten nichts anderes als die tiefe Erniedrigung, die vollständige Entmannung, die beständige Ausbeutung der Völker der Mittel- und Ost- und Südost-Europa, die Polen, die Tschechen, die Südslaven und Rumänen ihnen Hilfe leisten und mit Gebiet der erschöpften Völker belohnt werden sollten. Die Entente habe dabei nicht mit der Möglichkeit gerechnet, daß die hundert Millionen Menschen zur Beweispflicht getrieben, schließlich nach Mitteln greifen würden, bei denen zwischen Freund und Feind kein Unterschied mehr gemacht wird. Ungarn hat das Vorbild gegeben. Dies kann nicht leicht wiederholt werden, doch die Arbeiter in England, Frankreich und Italien bereit sein werden, gegen die bolschewistische Revolution zu den Waffen zu greifen. Hoffentlich werden die Ungarn und den Mittelmächten eine Mahnung beobachten, die allein die Welt vor einer Zeit von Schrecken bewahren kann, gegen die selbst die von 1914 nichts sein würden.

## Die Kapitalsflucht.

Von Friedrich Wagner.

Die allmählich herauströmenden Steuergehe, besonders die große Vermögensabgabe, drohen die kapitalistische Gesellschaft an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, zu fassen. Zwar ist die Öffentlichkeit von diesen Eingriffen nicht überrascht, und man ist auch geneigt, sie in gewissem Grade als unabänderlich hinzunehmen. Aber wer da glauben sollte, die Vermögenssträger warteten auf den Moment geduldig, ohne Gegenwehr, etwa wie der Frosch vor der Schlange, bis er verschluckt wird, der ist von einem Irrtum befangen. Reiche Mittel hat die vermögende Klasse invidien erlitten, die entweder, trotz aller Besonnenheiten der Regierung, die Geldflucht ins Ausland, oder die Verheimlichung oder Verpflüchtung des Vermögens bezwecken.

Gerade wer sich deutichnationaler Gesinnung rühmt, dem mißte schon seit Monaten der Kessel antommen, wenn er einen halbherzigen Blick auf den Effektenmarkt warf. Seit Monaten sind die Effektenmärkte verfallen, die Geldmittel der vorher so verläßlichen Ententegebern zu erwerben. Dieses Treiben begann an dem Tage, an welchem — der Sieg der Entente klar wurde. Nun begann man die kassierten Reichsbanknoten dem dafür ausnahmewilligen Auslandsmarkt anzubieten. Die größten Kriegsanleihebezeichner haben inzwischen auf diese Weise die Anleihen in Auslandswerte umgewandelt. Dabei waren sie in der Auswahl der letzteren gar nicht wählerisch. Exotische Renten, Mexikaner, Argentinier, Chinesen, Japaner, wurden gekauft. Da sogar Italienerische Renten verschmäht man nicht. Die Folge dieser Manipulationen war natürlich ein fortwährendes Sinken der Reichsmark und im Gegenzug dazu ein rasendes Steigen der „feindlichen“ Auslandswerte in Deutschland.

Diese Schammeer scheint allerdings jetzt die rührende Remedia zu erreichen: Das Reich muß zur Bezahlung der von der Entente zu liefernden Lebensmittel auf diese in deutichem Besitz befindliche Auslandswerte zurückgreifen. Es droht also diesen Besitzern eine Panasentelaguna. Aber — wie die Rasse immer auf ihre Beine fällt, so sucht auch der Kapitalist aus allen Schicksalschlägen Dornen zu fangen: Schon hört man seine Stimme, daß er für diese von ihm abzugehrenden Wertpapiere den Börskurs beizubehalten!

Interessant sind die Schleidwege, die von den einzelnen Kapitalisten zur Verheimlichung oder Umwidmung ihres kapitalbaren Geldes betreten wurden, besonders in den Monaten November bis Januar, als die gewerkschaftlichen in Deutschland arbeitenden ausländischen Geldwechsler und ihre Käufer noch nicht so zahlreich existierten wie heute.

Da wurden alle Beziehungen zu Personen des neutralen Auslandes angeknüpft, die sich nur ausdenken ließen. Geschäftsfreunde, Verwandte, alles wurde in Bewegung gesetzt, um halbwegs vertrauenswürdige Personen ausfindig zu machen. Bald lebte ein reger Verkehr zwischen Holland, den skandinavischen Ländern und der Schweiz mit deutichem Grenzgebieten ein. Wenn die deutichen Post- und Grenzkontrollen alle die Reisenden nicht nur auf Schmuggelware, sondern auch in den Briefkästen, Hosenbrieftaschen usw. untersucht hätten, würden Millionen deutichen Geldes gesunden worden sein. Nun liegt es geborgen im Ausland und ist den Zugriffen des Staates entzogen. Und nicht nur das. Es drückt drüber auf unsere Völkchen!

Andere Wege mußten Großbetriebe und Aktiengesellschaften einschlagen. Es ist schon jedem Fachmann im Geschäftsleben aufgefallen, daß so rasch wie für 1918 die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften und G. u. V. noch niemals herausgekommen sind! Ja, man wird auch in den früheren Abschlüssen vergebens das entdecken, was jetzt fast ständig wiederkehrt: eine gewöhnliche Aufschüttung von Dividenden nicht nur vom erzielten Reingewinn, sondern auch von Rücklagen und Reserven der Vorjahre! Die Gesellschaften sind also bestrebt, ihre Verdüngen unter die Teilhaber und Aktionäre zu bringen, es also zu verkleinern, zu zerplittern, um so den großen Eingriffen des Staates zu entgehen. Sie waren deshalb äußerst betroffen, als sie hörten, der Staat für die Abschüttung der Vermögens sollte der 31. Dezember 1918 sein! Das würde für die über-eiligen Aktiengesellschaften usw. bedeuten, daß sie also auch

für die bereits ausgeschütteten Beträge Steuern zu zahlen hätten wenn diese Beträge aus dem am 31. Dezember 1918 abgelaufenen Geschäftsjahr kämen. Sie würden also dem noch vorhandenen Vermögen wieder zugesetzt werden. Nun verlautet allerdings, daß als Stichtag nicht der 31. Dezember 1918, sondern der Dezember 1919 in Betracht gezogen ist. Damit ist den Kapitalisten bzw. Leitern der Großbetriebe ein Stein vom Herzen gefallen. Bis dahin ist noch lange Zeit! Und Zeit gewonnen, alles gewonnen, ist im Geschäftsleben ein viel bewährtes Sprichwort!

### Beginn der Friedensverhandlungen.

Berlin, 25. März. Graf Bertha von Sotomayor teilte in der heutigen Besprechung in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen mit, die feindlichen Regierungen hätten erlaubt, eine Kommission von sechs deutschen Finanzfachverständigen nach Paris zu senden, eine Demarche, die als Beginn der Friedensverhandlungen anzusehen sei.

Berlin, 25. März. Die deutsche Regierung wird die Mitglieder der nach Versailles zu entsendenden Finanzkommission sofort ernennen und dieselben für Donnerstag nach Weimar berufen, um ihnen die nötigen Anweisungen zu erteilen, so daß die Finanzkommission bereits am Sonntag in Versailles eintreffen kann.

### Die Sozialisierung in Bayern.

München, 25. März. Nach amtlicher Meldung der Korrespondenz Hoffmann hat die bayerische Regierung nach den Grundrissen des Entwurfs Grafen v. Helldorf-Schumann, nachdem der Sozialisationsausschuß des Landtages ihre Pläne nach längerer Aussprache einstimmig gebilligt hatte, im Einklang mit den Wünschen des Zentralrates die sofortige Errichtung eines Zentral-Wirtschaftsamtes verfügt und Dr. Otto Neurath zum Leiter dieses Amtes mit außerordentlichen Befugnissen zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialisierungs- und Kommunismus und Sozialismus in Bayern in Aussicht genommen.

Dresden, 25. März. Der sächsische Ministerpräsident hat an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: Vom dortigen Zentralrat erhielten wir die Aufforderung zu Besprechungen zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierungsfrage. Wir glauben, daß im Staatsausschuß die rechte Stelle ist, an der sich die Regierungserreiter der Einzelstaaten auch über die Sozialisierungsfrage ausdrücken und gegebenenfalls Einwirkung auf die Reichsleitung ausüben können. Hiermit soll jedoch nicht erklärt sein, daß wir es durchaus ablehnen sollten, mit Vertretern des Zentralrates, sofern dieser nicht im Widerspruch zur bayerischen Regierung handelt, besonders aber unerbittliche Besprechungen abzuhalten. Als maßgebend und verbindlich können aber nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden.

### Die Reaktion und ihre Helfer.

Der „Vorwärts“ unterbricht für einen Tag seine Treue gegen die Unabhängigen, um einmal einen Artikel gegen rechts loszulassen. Die monarchistischen Demonstrationen in Berlin öffnen ja auch den rechtssozialistischen Arbeitern die Augen darüber, welche herrliche Wege bisher ihre Führer angewandt haben, und da muß der „Vorwärts“ schon einmal kräftige Worte gegen die andere Seite äußern. Das Treiben der Reaktion, karriert er, ist ein Skandal, der zum Himmel stinkt. Die monarchistischen Strafenkondemnationen vom Sonntag haben ihm die Krone aufgesetzt. Wir trauen die Regierung, ob sie noch lange aedria zuhaken will!

Da müssen wir die Regierung schon in Schuß nehmen. Die Regierung hat ja gar nicht aedria zu sehen, sondern sie hat die nationale Axtation mit einem Wohlwollen verfolgt und unterstützt. Das Ritual der Regierung, Herr Erzberger, hat in der einen Versammlung selbst gesprochen und war gemeinlich mit dem Professor Nothe, einem der mildesten alldutschen Seber, und mit Professor Boehm, dem Wortführer der sozialistischen. Ein anderer Staatssekretär, der nationalliberale Herr Schiffer, hat die Demonstrationen vor dem Reichskanzlerpalais begrüßt.

Daß die Demonstrationen ein wenig weiter gegangen sind, als es einigen rechtssozialistischen Regierungsmitgliedern recht ist, ist möglich. Aber darüber können diese doch am wenigsten verwundert sein. Sie sind es doch, die den nationalsozialistischen und monarchistischen Offizieren wieder zu Einfluß und Macht verholfen haben. Sie haben ja deren Gesinnung genau gekannt. Wenn sie trotzdem die Macht der Soldatenräte gebrochen haben, wenn sie diese Offiziere mit allen Mitteln unterjocht haben, sich eine bewaffnete Macht zu schaffen, so können sie doch nicht erwarten, daß die Offiziere jetzt plötzlich ihre Ueberzeugung verlernen werden, denn diese sind doch keine rechtssozialistischen Jünger. Der „Vorwärts“ und seine Gesinnungsgenossen in der Regierung mußten daher ganz genau wissen wie die Dinge kommen werden, und es ist ganz falsch, den Vorwurf des aedria zusehens zu erheben.

Der „Vorwärts“ läßt dann den Reaktionären ein langes Sündenregister vor. Sie haben Deutschland in den Krieg gestürzt, durch ihren brutalen Anzionsismus den Krieg verlängert, durch den U-Vorkrieg Amerika zur Teilnahme gezwungen und den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk geschlossen.

Das ist alles richtig, aber der „Vorwärts“ vergißt dabei einige Kleinigkeiten. Er sagt nicht, daß seine Partei die Kriegspolitik der Regierung bis zum letzten Tag unterstützt hat. Er sagt nicht, daß, nachdem der U-Vorkrieg beschlossen war, gerade auch die Rechtssozialisten, insbesondere Herr Nothe, keine unumkehrbaren Anzionsmaßnahmen gefordert haben. Er unterläßt es, das kleine, aber beachtenswerte Detail zu erwähnen, daß Herr Nothe sogar über das Ausschließen einer österreichischen Offensivoffensive Unwillen verkündet hat. Er vergißt ganz, daß die Rechtssozialisten gar nicht gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk gestimmt haben, gegen den er heute Entrüstung flammte. Und er er

nat. der Weg zum Frieden gehe nur über den Deutschen Sieg.

Daß die Unabhängigen Sozialdemokraten aus der Partei getrieben wurden, weil sie die Kriegspolitik nicht mitmachen wollten, davon denkt der „Vorwärts“ natürlich auch nicht.

Aber, wird der „Vorwärts“ sagen, diese Sünden gehören der Vergangenheit an.

Wie reden wir von der Gegenwart. Die Rechtssozialisten haben sich mit den Trägern dieser Politik verbunden und mit ihnen das Ministerium gebildet. Sie haben die kompromittiertesten Personen nach wie vor an die ersten Stellen gerückt. Sie treiben eine auswärtige Politik, ganz unter dem Fiktio der Militaristen und der Nationalisten steht. Sie haben den Militarismus, den die Revolution gebrochen hatte, wieder aufgerichtet.

Der „Vorwärts“ klagt über die Frechheit der Reaktion. Wer hat diese Frechheit und diesen Lebermut gezüchtet? Wer hat den Reaktionären ihre Stichworte geliefert gegen die Arbeiter- und Soldatenräte? Wer hat die Pogromstimung gegen die radikale Arbeiterklasse unaufhörlich geschürt, hat bis in die letzten Tage zusammen mit der „Tägl. Rundschau“, der „Post“, der „Deutschen Tageszeitung“ den Kampf gegen links in der gefährlichsten und verlogensten Weise geführt und dadurch die reaktionäre Bourgeoisie geradezu aufgeputzt? Es ist der „Vorwärts“ gewesen, die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Heilmann, die „Nachrichten“ des Herrn Hofrichter!

Jetzt klagt der „Vorwärts“ über die Folgen dieses Treibens. Wie haben unaufrichtig gewarnt vor diesen Folgen und sie wollten nicht hören. Jetzt schlagen sie oppositionelle Töne an, weil sie fürchten, daß die Arbeiter endlich erkennen lernen, wofür diese Politik geführt hat, und in welche heftigen Nähe der Reaktion die Wege geböhnt worden sind. Aber wir meinen, jetzt ist es etwas spät. Die rechtssozialistischen Führer sind die Gefangenen derer geworden die sie zu Hilfe gerufen haben. Jetzt kann nur eines die Revolution retten: völlige Abkehr von dieser Politik, die Einigung und der Zusammenbruch der Arbeiterklasse gegen diese Führer.

### Der Klub der Harmlosen.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die Presse erzählt vielfach die Demonstrationen, die angeblich in größerem Umfang am vergangenen Sonntag unter Hochrufen auf den kaiserlichen Kaiser und Abfingen der früheren Nationalhymne, teilweise auch unter Coationen für den General Ludendorff stattgefunden haben. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Demonstrationen in Wirklichkeit Spaziergänge kleiner, schon ihrer Zahl nach geringer Bedeutung entbehrender Gruppen gewesen sind. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß die republikanische Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln monarchistisch und nationalistischen Kräften entgegenzutreten wissen wird.

Es sind also nur harmlose Spaziergänger gewesen, die Sonntag für den Kaiser und für Ludendorff demonstrierten. Die harmlose Regierung! Ob sie mit derselben Gelassenheit auch Demonstrationen von Arbeitern behandelt hätte?

### Das preussische Regierungsprogramm.

Die neue Regierung in Preußen ist gebildet. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Landesversammlung teilte der Präsident Reinet förmlich ihre Zusammenfassung mit. Das Zentrum hat im letzten Augenblick doch noch auf den stärksten der Schwarzen, auf Herrn Spahn, verzichtet und Herrn v. Rehnhoff zum Kultusminister ernennen lassen. Herr Gaenisch ist den Geheimnissen des Kultusministeriums erhalten geblieben und wird überdies noch einen Demokraten und einen Zentrumsmann als Unterstaatssekretäre zur Beaufsichtigung erhalten.

Dann entwarf der Ministerpräsident Sirich das Regierungsprogramm. Die Unabhängigen empfangen ihn mit lauten Rufen: „Amnestie! Amnestie!“

Die Rede des Ministerpräsidenten enthielt eine Reihe von Versprechungen, die sich ganz gut anhört. Es stand ganz deutlich, was er über die Demokratisierung der Selbstverwaltung, die größere Selbstständigkeit der Gemeinden, die Modernisierung der Rechtsprechung, die Reform des Steuerwesens sagte. Auch der Arbeiterräte tat Sirich Erwähnung, denen er aber nicht viel mehr als die Ausführung der Arbeiterrechtsbestimmungen zuversetzen will. Dagegen war dämmig, was er über Sozialisierung sagte. Hier muß gefordert werden, daß den sozialistischen Gemeindevertretungen ein ausreichender Spielraum zur Durchführung der Kommunalisierung gegeben werde und daß insbesondere alle einschlägigen Einschränkungen auf diesem Gebiet fallen.

Recht diplomatisch wurde Sirich, als er auf die kühne Frage der Trennung von Staat und Kirche und der Schule von der Kirche zu sprechen kam. Das Verhältnis von Staat und Kirche soll auf Grund freier Vereinbarung geregelt werden. Auch die Trennung von Schule und Kirche wird vorläufig aufgeschoben. Nur soll der Religionsunterricht in allen Schulen für Lehrer und Schüler wehrt werden.

Das aber ist gerade der entscheidende Punkt. Das Zentrum ist zu dem ausgedehnten Zweck in das Ministerium eingetreten, um jede entscheidende Kulturpolitik zu hemmen. Bei der Abhängigkeit vom Zentrum, in die sich die Rechtssozialisten begeben haben, ist nicht daran zu zweifeln, daß das Zentrum seinen Zweck schon erreichen wird. Herr Gaenisch hat ja bereits Vreden dafür abgelegt, welche Eignung er besitzt, viel zu reden und gar nichts zu leisten. Alle energischen Ansätze zu den notwendigen Reformen, die Adolf Hoffmann begonnen hatte, hat er kleinstmöglich wieder beseitigt, und er ist bisher nicht einmal imstande gewesen, die Verbrüderung gegen die frechtlichen Uebergriffe der britischen Reaktion zu schützen. Gerade auf diesem entscheidenden Gebiet wird die neue Regierung es bei solchen Worten lassen.

Nach Sirich nahm der Finanzminister Südekum das Wort zur Begründung des Kabinetts. Ein trübes Bild war es, daß der Redner von den Finanzen Preußens entwarf. Auch keine Rede gab es in der Wohnung zur Arbeit, über die er das längere philosophierte. Er sprach sogar davon, daß Einer für Alle, Alle für Einen stehen müßten. Süde-

kum scheint keine Klassengegenstände mehr zu kennen, die unser heutiges Gesellschaftsleben durchdringen, wo das Wort noch gilt: Reicherer Guch!

Aus diesem Grunde hatte Südekum fortgesetzt starken Beifall in der Mitte, und zum Teil sogar auf der äußersten Rechten des Hauses. Nur zum Schluß, als Südekum mit einem Bitt auf Goethes Trameriens schloß, sollten ihm auch die Mehrheitssozialisten Beifall.

Anschließend knüpfte sich eine Debatte über die Zustände in Polen und über das Verhältnis zu den Polen, bei welcher Gelegenheit Minister Sirich den Herren von der Rechten, die der Regierung Vorwürfe machten, die Verantwortung für die heutigen Zustände einfach ihrer verderblichen Polenpolitik zuschob.

Unsere Genossen schickten den Genossen Sirich einen Stein vor, der in Oberschlesien gewälzt, die Dinge auf Grund eigener Kenntnis der Dinge behandelte.

Seute soll das Programm der Regierung besprochen werden.

### Verfassungsauswurf.

In seiner 14. Sitzung beriet der Verfassungsausschuß die Voll- und Steuererhebung. Nach längerer Debatte, an der auch Abg. Cohn (U. S. P.) das Wort ergriff und für eine strikte Zentralisation der Voll- und Steuerverwaltung eintrat, wurden die vorliegenden Artikel mit einigen Änderungen angenommen, von denen die folgende die wichtigste ist: Das Reich hat ferner die Befugnis über die Abgabe und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für keine Zwecke in Anspruch genommen werden, sowie über die Aufhebung und Grundbesitz für die Zulässigkeit und Erhebung von Landesabgaben.

### Erhöhte Steuerzuschläge in Preußen.

Der preussische Landtag hat den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919 zugestimmt. In ihm werden für das Rechnungsjahr 1919 die Steuerzuschläge für Einkommen über 3000 M. neu geregelt. Die Zuschläge sollen ab dem 1. April 1919 mit der Hauptsteuer selbst zur Hebung gelangen.

Einkommen bis zu 3000 M. bleiben von der Erhöhung der Zuschläge befreit. Bei Einkommen von 3000—3900 M. beträgt der Zuschlag 10 Proz., bei 3900—5000 M. 20, bei 5000 bis 6500 M. 25 Proz. und so weiter steigend bis auf 300 Proz. bei 1 000 000 M. Einkommen.

Ebenfalls ist eine Erhöhung der Zuschläge bei der Ergänzungsteuer vorgesehen.

### Die arbeitslosen Offiziere weigern sich.

Durch eine Verfügung des preussischen Kriegsministeriums werden die arbeitslosen Offiziere aufgefordert, zum 1. April freiwillig den Abschied zu nehmen, widrigenfalls sie zwangsweise pensioniert würden.

Diese Verfügung hat den lebhaftesten Anzorn der „Deutschen Tageszeitung“ hervorgerufen. Sie fordert die Offiziere auf, der Verfügung keine Folge zu leisten und von dem Antrag auf Pensionierung abzusehen. Sie fordert, daß den Offizieren für den Zeitraum von fünf Jahren der volle Beitrag, nach Ablauf der fünf Jahre dreiviertel, des pensionsfähigen Dienstalters zugesichert werde.

Es ist sehr bezeichnend, daß die „Deutsche Tageszeitung“, die täglich gegen die Arbeitslosenunterstützung der Arbeiter und Angehörten wettert, hier dafür eintritt, daß die Offiziere für volle 5 Jahre eine Rente in Höhe des früheren Gehalts erhalten sollen. Das glauben wir, daß diese Forderung den Herren Offizieren paßt. Fünf lange Jahre würden sie auf Staatskosten erhalten werden, ohne irgend etwas anderes dafür zu leisten, als die Organisation der Gegenrevolution zu betreiben, die ihnen dann weiter helfen würde.

Ob die Regierung auch hier kein beigt?

Inzwischen verbreitet Wolffe Bureau folgendes Telegramm:

Berlin, 25. März. In letzter Zeit ging das Gerücht, arbeitslose Offiziere hätten die Aufforderung erhalten, zum 1. 4. 1919 freiwillig den Abschied zu nehmen, widrigenfalls sie zwangsweise pensioniert würden. Das Kriegsministerium teilt uns mit, daß dies nur auf Missverständnissen beruhen kann. Etwas an Offizieren wegen ihres Ausweidens ergänzte Anfragen verfolgen lediglich den Zweck, die erforderlichen zahlenmäßigen Unterlagen für die weitere Behandlung dieser Fragen zu schaffen. Die Verordnungen und Pensionsansprüche der Offiziere behalten wie bei den Beamten nach wie vor ihre volle Gültigkeit.

Unsere oben gestellte Frage hat also schon ihre Antwort gefunden: Die Regierung gibt tatsächlich klein bei.

### Falsche Kellame-Methoden.

Die Umgebung des Herrn Ebert bemüht sich von Zeit zu Zeit an die Erfüllung dieser Ueberflüssigkeit zu erinnern. So wird jetzt als Antwort auf verschiedene Telegramme der Presse aus dem Bureau des Reichspräsidenten mitgeteilt:

Die Bevölkerung dieser Landesteile kann aber überzeugt sein, daß der Reichspräsident ihnen mit den für uns wie für unsere fernde verbindlichen Punkten Wilsons unvereinbaren Versuch, deutsche Gebiete abzutrennen, mit Entschiedenheit bekämpfen und jeder Vergewaltigung deutscher Volkskräfte energischen Widerstand leisten wird.

Der Reichspräsident will also abtanzen und sich als Freiwilliger zum Grenzschutz Ost melden. Denn anders ist ihm — wenigstens verfassungsgemäß — „entschiedene Bekämpfung“ und „energischer Widerstand“ gar nicht möglich.

### Die ersten Lebensmittelpreise.

Hamburg, 25. März. Der für Danzig bestimmte amerikanische Lebensmitteldampfer „West Canisak“ mit Lebensmitteln, der heute früh bei Brunsbüttel angehalten wurde und den Befehl erhielt, die Reise nach der Ostsee abzubrechen und sofort nach Hamburg einzuweichen, hat eine Lebensmittelladung von 6000 Tonnen Mehl und 1500 Tonnen Fett und anderen Lebensmitteln an Bord. Er soll sofort, nach den durch die Hungersnot im Augenblick am härtesten betroffenen Gebieten weiterbefördert werden.

Hamburg, 25. März. Der amerikanische Dampfer „West Canisak“ trat heute nachmittags 2 Uhr im Hafen ein und legte am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Kai fest. Der Dampfer brachte, wie schon gemeldet, 6000 Tonnen Mehl und 1500 Tonnen sonstiger Lebensmittel.

# Ein neuer Mord.

Köln, 24. März. Der seit 5 Tagen verschundene „Sport-Club“ in Köln ist gestern nachmittags als Leiche aus der Saale gelandet worden. Wie die Ermittlungen ergeben haben, ist er durch einen Schuss in den Hinterkopf getötet und dann in das Wasser geworfen worden. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt worden.

Das „Volk“ schreibt dazu: „Wir können aus eigener Kenntnis der Dinge — ohne den Ermittlungen der Kriminalpolizei irgendwie vorgreifen zu wollen — ergänzend hinzufügen, daß es feststeht, daß Meißner planmäßig und mit ebenso voller Absicht ermordet worden ist, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Zaglitz und viele andere.“

## Der Mörder von Jaurès vor Gericht.

Paris, 24. März. (Havas.) In dem Prozeß gegen Villain hat der Angeklagte gestern erklärt, mit Vorbedacht gehandelt zu haben, und zwar, weil er Jaurès wegen seiner Unheilbarkeit für das Volk gehalten habe. Schon beim Regiment habe es ihn geschmerzt, seine Kameraden unpatriotische Reden zu hören; seine Erbitterung sei infolge der Verdrückung der Elfenbeinringler aufs höchste gestiegen, und er habe zuerst den Kaiser zu töten beabsichtigt. Erhielt er ihn auch der Widerstand Jaurès gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, da er davon Entrückungen der Mobilmachung durch Sabotage befürchtete; damals sei über die Bedanke gekommen, Jaurès zu töten. Am 31. Juli habe er bei den einrückenden Soldaten weniger Beweise gefunden, als er erwartet habe, aber die Ausführung seines Vorhabens noch verschoben. Er sei am Abend lange um das Café herumgestreift, in dem Jaurès sich befand, habe dann aber, einer plötzlichen Eingebung folgend, den Vorhang gelüftet und geschaut; er habe unter einem unabweislichen Drange gehandelt. Daran, daß Jaurès Frau und Kinder habe, habe er nicht gedacht.

Auf die Frage des Präsidenten, ob er nicht erzwungen habe, daß dieser Mord schwere Arbeiterunruhen hervorzurufen könne, und ob er nicht an die hervorragende Rechtschaffenheit des Ermordeten gedacht habe, erwiderte Villain: Ich bin tief religiös, aber das Gewissen erwaichte in diesem Augenblick nicht in mir. (1) Nach diesem Verhöre wurden die Urteile verlesen. Die Villain als erblich stark belastet angesehen, daraus auf Verminderung seiner Zurechnungsfähigkeit schließen und meinen, Villain habe aus patriotischer Heberziehung gehandelt. Daraus ergab sich mehrere Redakteure der „Humanité“ wie der Mord sich abgespielt habe.

## Konferenz der kommunalen Arbeiterräte.

Die kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins versammelten sich gestern im früheren Herrenhaus, um zum Märzkonferenz Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beriet die Große über Verhandlungen mit dem Ministerium und dem Quartier im Oberhof, betreffend die Schaffung von Einwohnerverswehren. Der Regierungspräsident erklärte, daß der Staat für derartige Einrichtungen kein Geld hätte. Für die öffentliche Sicherheit würden die Regierungstruppen sorgen. (Weiteres.) Schließlich sei eine Vereinbarung auf folgenden Basis getroffen worden: Die Einwohnerwehr soll die Gemeinde schützen vor Raub, Plünderung und Diebstahl. Sie verfolgt keine politischen Zwecke. Die Mitgliedschaft kann jeder Wehrfähige vom 20. Lebensjahre ab erwerben, der nicht vorbestraft (politische Strafen kommen nicht in Betracht), am Wehrfähigen ist und sich für die verfassungsmäßige Regierung erklärt. Zur Wehrung der Wehr werde vom Oberhof ein Vertrauensmann bestimmt, der in seinen Amtshandlungen der Kontrolle des A- und S-Rates und der Gemeindeverwaltung untersteht. Die Gründung der Einwohnerwehr dürfe nur nach Rücksprache mit dem A- u. S-Rat und der Gemeindeverwaltung erfolgen.

Zu dem mit Widerspruch aufgenommenen Bericht bemerkte der Vorsitzende, Gajes (S. P.), unter lebhafter Zustimmung: Man soll uns mit derartigen Wehren vom Hals bleiben. Hat sich doch überall gezeigt, daß erst dann Unruhen ausgebrochen seien, wenn Militär erschienen war. Auch die üblichen Disziplinärstrafen wandten sich gegen den Vorschlag Gajes. Er sei, führte Dr. Rosenfeld unter Beifall aus, für jeden Sozialdemokraten unannehmbar und keinen Pfennig hätten die Gemeinden für derartige Wehren bewilligen. Für uns läge nur eine Wehr aus den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter der drei sozialistischen Parteien in Betracht. Da inzwischen Genosse Richard Müller erschienen war, wurde die Debatte abgebrochen und in die Tagesordnung eingetreten. Richard Müller führte aus, daß auch die Auflösung der kommunalen Arbeiterräte auf dem Märzkonferenz zum Ausdruck kommen müsse. Daß die kommunalen Arbeiterräte bestehen bleiben müssen, auch in den Orten mit sozialistischen Gemeinden, hätten ja bereits frühere Volksversammlungen entschieden.

Eine Vertretung der kommunalen Arbeiterräte sei aber nur dadurch zu erreichen, daß die Volksversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, welche die Wahl der Delegierten vornimmt, auch kommunale Arbeiterräte miteinbezieht. Die H. S. P. D. sei bereit, auf ihre Kandidatenliste zwei kommunale Arbeiterräte in ausrichtreiche Stellen zu ernennen. Dies Ersuchen müßte auch an die S. P. D. gerichtet werden.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß auf dem Märzkonferenz die Aufgaben und die Notwendigkeit der kommunalen Arbeiterräte wahrgenommen werden müssen. Es wurde indessen bezweifelt, ob dies in der wünschenswertesten Weise möglich sei. Man regte dann einen Kongreß der kommunalen Arbeiterräte Deutschlands an.

Verschiedene Redner erhoben heftige Bewürfe gegen die Regierung, die durch ihre Verordnungen die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte einschränkt habe. Es wurde aber auch von einigen Rednern darauf hingewiesen, daß viele Arbeiterräte selbst Schuld daran tragen, wenn sie von Regierung nicht geachtet worden seien. Konnten doch viele Arbeiterräte den Zeitpunkt ihrer Auflösung nicht schnell genug erwarten.

An diese Bemerkungen knüpfte Genosse Däumig an und betonte, daß erst die massiven Rechte, als ein Ausdruck der Macht des Proletariats, der Regierung die Anerkennung der Arbeiterräte abgezwungen habe. (Lebhafte Zustimmung.)

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Volksversammlung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins und der Kreise Teltow und Niederbarnim beantragt, die Märzkonferenz abgeleitet.“

Die von der Regierung angelegte Gesetzesvorlage über die Verankerung der Betriebsarbeiterräte in die Verfassung läßt die Arbeiterräte in den Gemeinden und Verwaltungssprengeln unberührt. Angesichts der Tatsache, daß die Verwaltung nach wie vor fast völlig in den Händen der alten Machthaber ruht, fordert der Märzkonferenz auch gesetzliche Grundlagen für die Tätigkeit der Arbeiterräte in den Gemeinden und Verwaltungssprengeln.“

Des weiteren beantragten mehrere Redner, daß der Vollzugsrat der kommunalen Arbeiterräte und das nötige Interesse gesichert ab. Es wurde eine Vertretung der kommunalen Arbeiterräte im „Berliner Volksrat“ verlangt. Die Genossen Däumig und Müller stimmten dem zu, wiesen aber auf die finanzielle Schwierigkeiten der Durchführung des Antrags hin. Es wurde beschlossen, einen Aktionsausschuß bestehend aus je 3 Angehörige der drei sozialistischen Parteien zu bilden, der dem Vollzugsrat beigegeben werden soll. Gewählt wurden: Dähle, Freimann, Loh (S. P. D.), Lange, Kubig, Freigang (H. S. P. D.), Alb. Müller, Heintze, Hofffeld (Kommunisten).

Die Fraktionen verständigten sich dann über die Vertreter der kommunalen Arbeiterräte, die auf die Delegiertenliste für den Märzkonferenz gesetzt werden sollen.

## Die Berliner Rätewahlen.

Aus dem Zentralrat wird uns geschrieben: In die Nachricht, daß die Arbeiterrätewahlen in Groß-Berlin der technischen Schwierigkeiten wegen unterbleiben müssen, knüpft die Redaktion der Freiheit die folgende Bemerkung: Wir haben sofort auf die technischen Schwierigkeiten dem vom Zentralrat ausgeschriebenen Wahl hingewiesen. Der Zentralrat ist selbst schuld an dem Mißgelingen, der jetzt eingetreten ist.“

Dieser generelle Vorwurf gegen den Zentralrat ist unberechtigt. Die technischen Schwierigkeiten sind, wenn man die Verhältnisse der ganzen Republik und die kurze Zeit, die zur Vorbereitung zur Verfügung stand, in Betracht zieht, auf der Basis der Gemeindevorwahl viel geringer, als bei Betriebswahlen. Bei deren Durchführung hätten alle kleinen Betriebe, die weniger als 100 Arbeiter beschäftigen, zusammengefaßt werden müssen, was bei ordnungsgemäßer Durchführung einer monatlichen Vorbereitung bedürft hätte. Da alle Einzelnen des Wahlverfahrens, der verschiedenen technischen Verhältnisse wegen, gar nicht allgemein durchgeführt werden konnten, sondern den Bezirken überlassen bleiben mußten, so hat der Zentralrat mit den Berliner Wahlen an sich nicht mehr zu tun, als mit den Wahlen anderer Gemeinden. Am wenigsten aber damit, daß die zur Durchführung der Wahl berufenen Stellen ihre Vorbereitungen zu einem so späten Termin in Angriff nahmen, daß die Wahl selbst unmöglich wurde. Das liegt aber nicht an den vom Zentralrat herausgegebenen Richtlinien.

## Aus dem Vollzugsrat.

Der Vollzugsrat hielt am 24. März eine Sitzung ab in der eine Kommission der Berliner Feuerwehrleute ernannt wurde. Diese hatte den Auftrag, gemäß eines Beschlusses der am 22. und 23. März tagenden Vollversammlung des Bezirks der Feuerwehrbeamten, scharfen Protest gegen die Maßnahmen des Polizeipräsidenten E. Cohn zu erheben, der die Abberufung des Bevollmächtigten des A- und S-Rates bei der A. L. Feuerwehr verlangt. Dem Vollzugsrat wurde eine einstimmig gefaßte längere Resolution vorgelegt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Feuerwehrleute in dieser Angelegenheit eine starke Benachteiligung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen erleiden. Sie verlangen darum die Wiederernennung des Kameraden Müller als Kontrollleur bei der Feuerwehr.

Der Vollzugsrat schloß sich diesem Protest an und wählte eine Kommission, die zusammen mit den Feuerwehrleuten beim Polizeipräsidenten vorstellig wird, um die von ihm vollzogene Maßnahme rückgängig zu machen.

Des weiteren ernannte eine Kommission des A. R. der kommunalen Betriebe Berlins, welche die Abberufung der vom A. R. eingeleiteten kommunalen Vollbeauftragten wünscht.

Die Kontrolle der Magistrats soll einer von den kommunalen A. R. gebildeten Arbeitsgemeinschaft übertragen werden. Der A. R. hielt die Abberufung der Vollbeauftragten für notwendig. Es soll deren bisherige Kontrolltätigkeit dem kommunalen Aufsicht des A. R. übertragen werden.

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der A. R. der kommunalen Betriebe wurde bekräftigt. Sie soll als Kontrollorgan ihrer vorgelegten Dienstbescheide anerkannt werden.

Die weitere Erleuchtung dieser Angelegenheit wurde dem kommunalen Aufsicht übertragen.

# Groß-Berlin.

## Stadtverordnete und Belagerungszustand.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit der Entscheidung über die Frage für die aus Anlaß der Unruhen an Leben und Gut Geschädigten. Der Magistrat hatte eine Vorlage gemacht, zunächst 2 Millionen Mark bereitzustellen, um so schnell wie möglich dringende Hilfe zu bringen. Bis die Entscheidungspflicht geregelt ist und insbesondere, bis mit Staat und Reich eine Verständigung erzielt ist. Das legte der Oberbürgermeister eingehend dar und beklagte sehr die Haltung der staatlichen Organe, die zu keiner Entscheidung kommen können. Herr Wege von der bürgerlichen Vereinigung hielt seine politische Einleitungsrede, die bewies, daß der Mann keine bloße Ahnung davon hatte, über was er sprach. Er rief nach einem starken Mann, der hätte aussprechen müssen, eins so, wie es am Sonntag eine Reihe Leute im „bavariendischen Sinne“ getan hätten.

Genosse Dr. Rosenfeld rechnete mit den Großhändlerkreisen des Herrn Wege gründlich ab und zeigte, daß die Schuld an dem wahnwitzigen Antrage auf die Berliner Bevölkerung der sozialistischen Politik der Regierung zurückzuführen sei. Auch hier wüßten schnelle Hilfe allen Geschädigten, aber nicht vom Standpunkte der ausgepumpten Hausbesitzer, wie das Herr Wege will.

Herr Wege bemerkte, daß er gern gesehen hätte, wenn unser Redner auch von der Schuld der Elemente auf der anderen Seite gesprochen hätte. Nach einigen Bemerkungen des Herrn Cassel wurde der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion angenommen, nach welcher der Magistrat bei Reich und Staat vorstellig werden möge wegen Übernahme der durch die Unruhen entstandenen Schäden.

Den zweiten Gegenstand der Beratung bildete der Antrag der Unabhängigen Fraktion auf Aufhebung des Belagerungszustandes, den Genosse Adolf Hoffmann begründete. Er wies auf die Ursache der so unerhörten Verdrückung der Berliner und Lichtensberger hin. Charakteristisch sei die Handhabung des Belagerungszustandes. Auf der einen Seite können die Kämpfer nach Herzenslust für monarchistische Bestrebungen demonstrieren, während den Arbeitern Ansammlungen untersagt sind. An der Hand eines reichhaltigen Materials zeigte Hoffmann die ungläubliche Rohheit und Bestialität, unter der viele Hunderte Unschuldige zu leiden hatten und legte dar, wie Leute ohne geringste Ursache erschossen oder richtiger gemordet worden sind, und wie erst das Standrecht auf Grund von Lügen und Schwindel über die angebliche Ermordung der Lichtensberger Post- und Polizeibeamten verhängt wurde.

Herr Koch von der bürgerlichen Vereinigung ist mit der heutigen Regierung nicht ganz zufrieden, in sich aber auf den Boden der Tatsachen stellen. Aber die Schieferheit sei ein Vordringnis zwischen Sozialdemokraten und die meisten müssen leiden. Wenn auch nur ein Teil von dem wahr sei, was Hoffmann vorgebracht habe, so muß entschieden Einspruch erhoben werden. Andererseits müßte auch die Rechsseite hervorgehoben werden, nach

der von zweier Seite schnelle Aufklärungen erlangt werden müssen. Herr Koch ist kein Mann, er hat sich den Dank verdient. Dank auch allen tapferen Männern für ihre Tugenden.

Herr Wege sprach für die Reichssozialisten unter Hinweis auf die eingesehene Untersuchungskommission der preussischen Landesversammlung, wenn auch nach anderer Richtung hin, doch recht vorzüglich.

Auf beiden Seiten seien die Gesetze der Menschlichkeit verletzt worden. Zu bedauern seien die armen Opfer. Verhaftung müsse verlangt werden. Schuld hätten diejenigen, die mit dem Feuer gespielt hätten. Die Reichssozialisten lehnen den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes ab, weil sie Vertrauen zur Regierung haben.

Herr Dove von den Demokraten kann sich für Aufhebung nicht aussprechen, es sei Sache der Regierung, den Zeitpunkt der Aufhebung zu bestimmen, denn sie trage die Verantwortung für Ruhe und Ordnung.

Herr Sedlitz stellt sich noch als Arbeiter dar, hält aber die Maßnahmen der Regierung für angebracht.

Hoffmann schloß zum Schluß noch die Reichssozialisten, die erklärt hatten gegen unseren Antrag stimmen zu wollen. Bei der Abstimmung erhielt der Antrag für Aufhebung des Belagerungszustandes einzutreten nur die Stimmen unserer Genossen. Die Reichssozialisten in unserer Gemeinschaft mit den bürgerlichen Gruppen lehnten den Antrag ab.

## Sie können auch anders.

Wenn es geht, wachle Gesangs- und mitzuhelfen und zu erschießen, denn tot ist die Regierungstruppen „ihre Pflicht“, wie es ihnen die Gesetze gebieten. Wenn sie aber militärische Anordnungen befehlen sollen, dann verlegen sie, d. h. wenn es sich lohnt. Uns wird mitgeteilt, daß Dienstag abend zwischen 6 und 7 Uhr in der Neuen Schönbauer Straße eine Militärpatrouille sich von mehreren dort stehenden gewerbemäßigen Glücksspielern Geld in die Hand drücken ließ. Ein auf dem Revolvergang befindlicher Reiter, darauf aufmerksam gemacht, nahm einen Mann der Patrouille fest und führte ihn ab, die beiden anderen waren schnell verschwunden. Es stellte sich heraus, daß die Patrouille zu einer Formation von Regierungstruppen gehörte. Die im Rathaus untergebracht waren. Wenn man will, kann man die Leute schielern und ihnen beibringen, daß wir nicht gewillt sind, nach russischen Mustern derartige Verhaftungen zu dulden.

Genosse Gustav Dettmann ging am Donnerstag früh 8 Uhr von Hause fort, um Einkauf in der Zentralmarkthalle (Alexanderplatz) zu besorgen. D. ist bisher noch nicht zurückgekehrt, er hatte einen dunkelgrünen Regen, Militärmantel, Militärhülle und Militärstiefel an. Ferner war er im Besitze seiner sämtlichen Ausweispapiere. — Mitteilungen werden von Frau Dettmann, Wollener Str. 10, Post 1, erbeten.

Regen geschloß! Die vier Herren, welche am 12. März 1919, nachmittags gegen 4 Uhr, einen jungen Mann, der von einem Regierungspolizisten an der Oberbaumbrücke angehalten wurde, betrunken haben, werden gebeten, sich bei Häre Schmidt, O. 112, Berner-Str. 20 II, zu melden. Vor allem der Herr in der Dirschauer Straße, der uns die Nachricht brachte.

Eine Kundgebung der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen stattfand am Sonntag, den 23. März, im Stadthaus, Eingang Klosterstraße, abends 6 Uhr. Kamerad Liebi sprach über das Thema: Frieden und Sorgen der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Bei der traurigen Lage dieser Volksgenossen, die ihr Leben in diesem Kriege dahingegen mußten, heißt es erwarten, daß der Versuch ein sehr großer sein wird.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer (Bezirk Charlottenburg). Große öffentliche Versammlung Mittwoch, den 26. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Rosenthaler 4, Tagesordnung: 1. Vortrag des Kameraden Weber über die Aufgabe der Kommunen gegenüber Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

## Aus den Organisationen.

Der Arbeiterkassenverein Kreutz, Groß-Berlin, tagt wöchentlich alle 14 Tage bei Lieberfeld, Kaulerstr. 50. Nächste Monatsversammlung, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr. Adresse des Vorsitzenden: E. Buchardt, Kreuzfeld, Herrfurthstr. 26, Hof IV. Alle Anfragen, bis den Gau Brandenburg betreffen, sind zu richten an Jos. Kriegl, Kreuzfeld, Seidamer Str. 22, Hof IV.

Charlottenburg, Donnerstag, 27. März, abends 7-10 Uhr, Redner-Kursus 10-10 Uhr Anfängerkursus.

Steglitz, Donnerstag, den 27. März, abends 10 Uhr, Bezirksabend in folgenden Reihen: 1. Bez.: Schmidt, Schloßstr. 88, 2. Bez.: Kahl, Kommanstr. 44, 3. Bez.: Dürmeyer, Hofmeisterstr. 26, 4. Bez.: Schmidt, Schönhauser Str. 21, 5. Bez.: Krüger, Auguststr. 6, 6. Bez.: Thiel, Albrechtstr. 87, 7. Bez.: Jakob, Stephanstr. 9.

Schöneberg, Mittwoch, 26. März, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula der Hohenschule, Belagter Str. 49-50. Bitte haben Zutritt. Genosse Däumig wird über das Müllsystem referieren und den Bericht vom Vortag geben.

Tempelhof, Mittwoch, 26. März, abends 7 1/2 Uhr, im Zeugnis, Germaniastr. 4-5, Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht aus den Gemeindevorstellungen. 2. Bericht von der Konferenz der Gemeindevorsteher Groß-Berlins.

Einmal, heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung bei Wille. — Die Spedition der „Freiheit“ befindet sich beim Genossen H. Wendt, Oranauer Str. 37. Bestellungen sind nur dorthin zu richten.

Reis Jugend Tempelhof-Marktend. Am Sonnabend, den 29. März, findet in der Aula des Realgymnasiums, Kollwitzstr. 6, ein Kunstabend (Frühlingsfeier) statt. Mitwirkende: Ehardenquartett, Alfred Deleite, Regattalonen, Volkshor Tempelhof-Marktend, Sozialbildung 6 1/2 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintrittskarten bei den Bezirksführern, in den Konfessionen und an der Abendkasse zu haben.

Reis los, Jugend Bankow-Niederbarnim. Mittwoch, 26. März, abends 10 Uhr, Mitgliederversammlung bei Gahmann, Kreuzstr. 14.

Verantwortlich für die Redaktion Wille Däumig, Kreuzfeld. — Verlagsanstalt „Freiheit“, z. G. m. b. H. Berlin. — Druck des Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Die Berliner Stadtanleihe von 1919 ist eine Volksanleihe, ein jeder soll zeichnen!



Preussische Landesversammlung.

10. Sitzung, Dienstag, den 25. März 1919.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Mitteilung des Präsidenten über die Berufung der Staatsregierung.

Präsident Reimert: Auf Grund des Beschlusses betreffend die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt in Preußen berufe ich zum Präsidenten des Ministeriums den bisherigen Vorsitzenden der preussischen Regierung und Minister des Innern Dr. v. ...

Aus der Staatsregierung scheiden damit aus der Minister des Innern, Polizeipräsident Ernst und der Minister der öffentlichen Arbeiten Hoff.

Damit ist die erste parlamentarische Regierung Preußens gebildet worden.

Ministerpräsident Girsch:

Die Hauptaufgabe der Regierung ist, das Land auf dem Boden der Demokratie neuen, gesicherten Verhältnissen entgegenzuführen. Freiheit und Ordnung, das sind die Grundbegriffe, auf denen sich das neue Preußen aufzubauen hat.

Aus der weltgeschichtlichen Tatsache der Revolution sind nunmehr die Folgerungen zu ziehen. — Wir sind für die Aufrechterhaltung des einen und unteilbaren Preußens, bis der deutsche Einheitsgedanke auf der ganzen Linie liegt.

Die Vorarbeiten für eine demokratische Verwaltungsreform zugleich mit dem Ziel größerer Einheitlichkeit und Einfachheit sind in Angriff genommen. Der Landrat soll nicht mehr, wie bisher vielfach, der Beherrscher des Kreises und Vertreter einer Minderheit sein, er soll zum Freund und Vertrauensmann der gesamten Einwohnerschaft werden.

Kommunalisierung

Solcher Betriebe, die hierfür reif sind, insbesondere der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsunternehmungen, werden von der Regierung gefördert werden.

Die Rechtspflege muß unter Aufrechterhaltung eines unabhängigen Richtertums vollständig gehalten werden.

Ein besonders wichtiges und ernstes Kapitel bilden unsere Finanzen. Die Deckung des Haushaltsbedarfes der Gemeinden Verwaltung ist für das Jahr 1919 nur mittels mittels namhafter Erhöhung der staatlichen Zuschläge zu Einkommen- und Körperschaftsteuer.

In dem verarmten Staate, in dem mir auf absehbare Zeit sein werden, gilt unsere Haupt Sorge dem Nachwuchs, der es einmal besser haben soll. (Lebhafte Beifall.) Schwere Wunden hat der Krieg, hat vor allem die Hungerkatastrophe dem Volkslieferer geschlagen. Hier Heilung zu bringen, die physische und sittliche Kraft des Volkes zu heben, bisher vernachlässigte Gebiete auszubauen, betrachtet die Regierung als eine so ernste Aufgabe, daß sie alle der Wohlfahrtsämter, insbesondere der Wohnungsreform und der öffentlichen Gesundheit dienenden Einrichtungen in einem neu zu begründenden

Wohlfahrtsministerium

zusammenfassen will. Eine Vorlage hierüber wird der Landesversammlung alsbald vorgehen. Die Einrichtung des gesamten Schulwesens soll das Recht jedes Kindes ohne Unterschied des Geschlechts auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens ohne Rücksicht auf Vermögens, Stand und Glauben der Eltern gewährleisten. (Lebhafte Beifall.) Auf die gemeinsame Grundschule soll sich die weiterführende Schule aufbauen. Mit dem Abbau der Volksschule ist unverzüglich zu beginnen. Das Ziel ist die

Einheitsschule.

(Beifall.) Die einleitenden Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung werden alsbald getroffen werden. Was zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist durch sofortige Abänderung des Schulunterhaltungsgegesetzes den Gemeinden das uneingeschränkte Recht zu gewähren, die Einheitschule mit Wahlrecht einzuführen.

Was dem Einjährig-Freiwilligen-Vorrecht ist sofort auszuräumen. (Lauter Beifall.) Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittel ist alsbald durchzuführen; besondere Begabten, soweit sie mitellos sind, ist für den Besuch höherer Lehranstalten jede mäßige Erleichterung zu gewähren. Die öffentliche städtische Schule steht über den politischen Partei- und religiösen Bekenntnissen. In allen Schulen ist Lehren und Schülern der Grundlag unbedingter politischer und religiöser Neutralität gewährleistet. (Lebhafte Beifall.) Was zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie der Stellung von Schule und Kirche zueinander ist der Religionsunterricht in allen Schulen für Lehrer und Schüler wahlfrei. Die Entscheidung über die Teilnahme an ihm haben bis zum Eintritt des religionsmündigen Alters die Eltern zu treffen, danach die Schüler selbst. Lehrer und Schüler dürfen außerhalb des Religionsunterrichts zu keinerlei Religionsübungen gezwungen werden. (Lebhafte Beifall.)

Das bestehende Recht des Staates, allein das Recht der Schule ausschließlich auszuüben, wird aufrecht erhalten und restlos durchgeführt. Die Schulaufsicht ist durch Sachleute auszuführen. Die Ortsverwaltung ist in jeder Form sofort zu beteiligen und die Schulleitung soll in jeder Hinsicht eine Reform der Lehrerbildung mit dem Ziel der Hochschulausbildung wird in Aussicht gestellt. Was zur endgültigen Regelung wird allen Lehrern die Unparteilichkeit geöffnet. (Lebhafte Beifall.) Hand in Hand mit dem systematischen auszubauenden Fortbildungswesen, auf dem Gebiete der Landwirtschaft, des Handwerks, des Handels und des Ge-

werbes, muß gegen die Ausweitung des geistigen Horizonts und Stärkung der Gemüts- und Verstandeskraft der teilerbvolkschichten durch das Volkshochschulwesen, dessen Förderung sich die Regierung ganz besonders anzuwenden sein lassen wird. Auf unseren Hochschulen sollen auch solche Personen und Richtungen zur Geltung kommen, die bisher in den Schatten gedrückt waren. Wissenschaftliche Tätigkeit wird künftig allein entscheiden. (Lebhafte Beifall.)

Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermittlung öffentlicher und persönlicher Schlichtungen mit dem Endziel beiderseitiger Selbstständigkeit neu geordnet werden.

Der Ministerpräsident spricht dann über die Unterstützung der Landwirtschaft: Dringend geboten ist, die

Umgestaltung der Besitz- und Betriebsverhältnisse

durch Schaffung von Wirtschaftseinheiten, die den höchsten Ertrag gewährleisten; erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts, der Enteignung und Aufteilung. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Privatforsten müssen grundsätzlich der Staatsaufsicht unterstellt werden. Die systematische Einteilung zur Beseitigung der Wohnungs- und Betriebsverhältnisse der Bauern und Arbeiter muß fortgesetzt und erheblich verstärkt werden. Der sozialen Lage der Landbevölkerung muß mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden mit dem Ziele, auch ihren Anteil an den Kulturgütern zu ermöglichen. (Lebhafte Beifall.)

Den Wiederaufbau unserer Industrie wird die Regierung nach besten Kräften fördern. Er ist nicht denkbar ohne das Verbleiben der Bodenschätze des Saargebietes und Oberschlesiens im Staatsbesitz. (Stärkender Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Bewußtlosigkeit wird die Staatsregierung mitwirken bei der Durchführung der Sozialisierungsgeetze des Reiches entsprechend den Befugnissen, die von diesen den Einzelstaaten zugewiesen werden.

Die Durchführung der Arbeiterschutzesetze ist durch sorgfältige Überwachung der gewerblichen Betriebe durch die Verwaltungsbeamten unter

Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterräte

nach Maßgabe der Reichsgesetze sicherzustellen. Die Gewerbeinspektion ist systematisch auszubauen. Die Arbeitsvermittlung ist ausgedehnt mit dem Ziele einer immer umfassenderen Beberschung des Arbeitsmarktes. Der Berufsberatung läßt die Regierung besondere Förderung zuteil werden.

Das schwer darniederliegende Handwerk soll durch die Versorgung mit Rohstoffen billigen Kredit und Aufträgen wieder aufgerichtet und ebenso wie der Kleinhandel durch Förderung seines genossenschaftlichen Zusammenschlusses gestärkt werden. Voraussetzung für die Durchführung unseres Programms, für den freiwilligen Aufbau unseres Sozialwesens und die Erneuerung unserer Wirtschaft sowie für jede soziale Reform sind Arbeit, Ordnung und Sparsamkeit vor den vom Volk selbst gegebenen Gesetzen der demokratischen Republik. Die Regierung wird deshalb mit allen Mitteln jeden Bruch der öffentlichen Ordnung verhindern, woher er auch kommen mag. (Lebhafte Beifall.) Sie rechnet hierbei auf die tatkräftige Unterstützung aller Volksgenossen.

Unsere wahrste Fürsorge gilt allen, die unter der Aufrichterhaltung der Hungerkatastrophe durch die Entente leiden, insbesondere den auf schwerste geprüften Frauen und Kindern. (Lebhafte Zustimmung.) Mäße der heillosen Not bald der Erde dieser Leiden bringen und möge dieser Leiden in Wahrheit ein Frieden der Gerechtigkeit werden. Ein voneinander Feinden und nicht nur ein Rassenfeind, der den Reim zu neuem Völkermord in sich trägt. Die Regierung bittet die Landesversammlung um ihre tatkräftige und vertrauensvolle Mitarbeit. (Lebhafte Beifall und Handklopfen. Zuruf der Unabhängigen: Wo bleibt die Antwort?)

Finanzminister Edelkum:

unterbreitete den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für das Rechnungsjahr 1919. Er enthält die Ermächtigung zur Fortführung der Geschäfte für April bis Juni 1919. Neben der allgemeinen Ermächtigung ist es erforderlich, Mittel zu solchen Maßnahmen bereit zu stellen, die zwar ermittelte im Haushaltsentwurf für das Jahr 1919 erscheinen, aber so dringlich sind, daß sie auch nicht um einige Wochen oder Monate hinausgeschoben werden können. In Rücksicht auf die Steuerzahler und im Interesse der Geschäftseinführung soll die Deckung durch Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer ausgedehnt werden. Die für die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes notwendigen 400 Millionen Mark, die durch die Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgebracht werden, reichen eben aus, um die Rinderentnahmen der ordentlichen Verwaltung zu decken. Zur Aufrechterhaltung der Finanzwirtschaft muß mit alsbald ein neuer Schatzanweisungskredit zur Verfügung gestellt werden, und zwar in Höhe von zehn Milliarden Mark.

Die Einnahmen sind von 8 1/2 Milliarden Mark Ende Oktober 1918 auf 6 Milliarden Mark Ende März 1919 emporgeschnitten. Außerordentliche Besorgnisse ereignen aber die Tatsache, daß das bedeutende Unternehmen des Staates, das

preussische Eisenbahnen,

beinahe völlig zerrütet ist; auch auf einer Anzahl anderer Gebiete ist mit Verschlechterungen zu rechnen, die einen Gesamtschadensbetrag von 2400 Millionen Mark ergeben, ein Abschluß, der überhaupt noch nicht bezweifelt ist und nicht anders als totalerhalt genannt werden kann. Zur Deckung der erforderlichen Mehrausgaben werden die alten Einnahmen nicht mehr ausreichen, obwohl sie auf einzelnen Gebieten, z. B. dem Steuerwesen und der Postverwaltung erhebliche Verbesserungen aufweisen.

Die gewaltige Stimmwiderrichtung der Eisenbahnen hat uns zur

Erhöhung der Personen- und Gütertarife

gezwungen, weil wir den Grundlag festhalten müssen, daß die Betriebsverwaltung des Staates, wenn sie schon nicht Ueberflüsse bringt, mindestens die Ausgaben selbst decken kann. Die Tarifserhöhungen sollen 1420 Millionen Mark bringen. Sie sollen die Summe bringen, so sie sie bringen werden, ist noch sehr zweifelhaft, da der Reichsbahn bei den Eisenbahnen 222 Millionen Mark beträgt, von denen immer noch 786 Millionen Mark unbedeckt bleiben. Angesichts dieser Zustände bleibt uns nichts anderes übrig, als durch eine Ergänzungsanleihe einen Ausgleich zu schaffen. Die Ursachen der Herabsetzung der Finanzverhältnisse sind der Krieg mit seinen Folgen in seinen feinsten und größten Ausprägungen. Am auffälligsten ist die erforderlich gewordene Erhöhung der Löhne, Gehälter und Pensionen. (Lauter Zustimmung.) Darin dürfen Sie nicht ohne Kritik eine Folge der politischen Umwälzung vor 1918 sehen. Für die Staatsverwaltung war es völlig ausgeschlossen, dem Drängen der Beamten und Arbeiter auf Erhöhung der Löhne auszuweichen, angesichts der unabweisbaren Lohnumwälzung und der Verschiebung der Lebensverhältnisse, die durch die Inflation und Ueberproduktion des sogenannten

Einheitsprogramm

herbeigeführt worden sind. Dieses Programm wollte die letzte wirtschaftliche Kraft aus dem deutschen Volke herausziehen, ohne

Rücksicht auf die finanzielle Wirkung. Die äußerste Anspannung der wirtschaftlichen Kraft habe auch ich für nötig gehalten. Den finanziellen Teil des Programms habe ich seiner Zeit bekämpft und halte ihn überhaupt für den verhängnisvollsten Schritt, der auf wirtschaftlichem Gebiete während des Krieges gemacht ist. Die unendlichen Lohnunterschiede zwischen der Privatindustrie und den Staatsbetrieben, machten in diesen das Festhalten an den Löhnen schlechterdings unmöglich. Zugabe, daß die Revolution, wie das auch der Finanzminister Simon gesteht hat, stellenweise zu einer Lohnbewegung entzündet worden ist; in der Hauptsache ist für den Umschwung auf dem Gebiete der Lohnpolitik die vollkommen verkehrte Wirtschaftspolitik des Reiches verantwortlich zu machen. Zu der ungünstigen Finanzlage hat auch die

Erwerbslosenunterstützung.

für die wir 1918 nicht weniger als 350 Millionen ausgegeben haben, beigetragen. Genuß ist sie von mir bewußt geblieben. Denen ausgesprochen worden, aber glauben Sie, daß der jetzt z. B. in Berlin gezahlte Satz von 7 M. mit den Zuschlägen für Frau und Kinder bei den heutigen Preisverhältnissen zu hoch ist? Ich glaube, er ist zu niedrig. Die Höhe der Unterstützung muß aber ihre Grenze finden in der Leistungsfähigkeit des Ganzen, deswegen muß sie auch verhältnismäßig gehalten werden, und das macht es für die Elementen umso leichter, sie anzunehmen. Aber den wirklich Armen, die beim besten Willen und trotz aller Bemühungen keine Arbeit findet, dürfen wir darunter nicht leiden lassen.

Neben dieser Ursache der finanziellen Zerrüttung sind es die wiederholt von der Exportausgruppe erzeugten Unruhen und Unordnungen, die für die Finanzverwaltung die schlimmsten Folgen nach sich gezogen und dem Lande bedeutende Opfer gekostet haben. Was uns nottut, ist die Erkenntnis, daß Arbeit an sich selbst abtötet, daß bei der eifrigsten Bewertung der Arbeit kein Unterschied zwischen einem Straßenfeger, einem Beamten, einem Lehrer, einem Regimentskommandeur usw. gemacht werden darf. Nicht Gleichheit der Bezahlung muß angestrebt werden — das hat auch die Sozialregierung ausdrücklich abgelehnt — sondern die Gleichheit der Achtung vor der Arbeit kommen wir dazu, dann werden wir auch eine bessere, freundlichere Zukunft für uns oder doch für unsere Nachfahren erreichen. Gelint und das nicht, dann können wir Räte bilden, soviel wir wollen, das Volk wird zugrunde gehen (Zustimmung), dann werden auch innere Kämpfe und Bürgerkriege, die unsern Boden von neuem mit Blut düngen, bloß um eine neue Form des Zusammenlebens zu schaffen, zu nichts führen, was Bestand hat. Alle müssen zusammenstehen als eine Schicksalsgemeinschaft, das Land soll allen gehören, allen eine Wohnstätte bieten, aber es kann auch von jedem beansprucht, daß er seine Kraft, Fähigkeit und Geduld reiflich in den Dienst der Allgemeinheit einsetzt. (Lebhafte Beifall.) Im Sinne des Gortheiden Prometheus-Wortes: „Allen Gewalten zum Trost sich erhalten, nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen, ruhet die Arme der Götter berbet.“ (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Schmedding (R.) wird hierauf der Antrag sofort an den Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Zur Beratung gelangt nunmehr die förmliche Anfrage der Deputierten über die Annullationsabsichten der Polen.

Dazu liegen vor der Antrag von Herrn Dr. Höplich (D. Nat.) auf Verstärkung des schlesischen Grenzschutzes, auf Austausch aller Befehlshaber und Weiseln in der Provinz Posen, auf geordnete Flüchtlingsfürsorge, auf Wiederherstellung der Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete in der Provinz Posen, auf Abschließung der dortigen Deutschen, auf Befestigung der polnischen Volksgüter und Pressebeschränkung usw., und der Antrag aller Parteien:

Die preussische Landesversammlung erhebt scharfen Widerspruch

gegen eine gewaltsame Lubzierung

von Teil Oberschlesiens, Polens, West- und Ostpreußens und gegen ihre Einverleibung in Polen; denn in diesen Landesteilen befinden sich weite Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung, und in den meisten übrigen Gebieten ist die deutsche Bevölkerung so zahlreich, daß sie nicht als unbedeutende polnische Gebiete angesehen werden können. Die preussische Landesversammlung ist einzig in dem Willen, unter keinen Umständen von den 14 Wilsonschen Punkten abzugehen. Punkt 13 dieser Bedingungen läßt eine Abtrennung der genannten Gebiete nicht zu. Sie würde einen großen Vertragsbruch darstellen. Die preussische Landesversammlung erhebt scharfen Widerspruch gegen die beabsichtigte Landung polnischer Truppen in der ferndeutschen Stadt Danzig. Unterbleibt die Landung nicht, so besteht die dringende Gefahr, daß in Westpreußen der Bürgerkrieg zwischen Polen und Deutschen mit allen seinen verheerlichen Folgen ausbricht.

Abg. Krausohn-Thorn, (Dem.) begründet die Interpellation. Den Gewalttätigkeiten der Polen ist nicht rechtzeitig und nicht mit genügender Entschlossenheit entgegengetreten worden. Und später hat das Nachgeben der Entente jeden Widerstand verboten. Der wohlorganisierte polnische Aufbruch droht Preußen die polnische Kornkammer zu rauben. In Posen überwiegt die deutsche Bevölkerung in weiten Gebieten; eine 150 Jahre alte deutsche Kultur hat dem Lande den Stempel aufgedrückt. Schließen hat seit unendlichen Zeiten niemals zu Polen gehört, allerdings spricht in Oberschlesien ein erheblicher Teil der Bevölkerung eine polnische Mundart, diese Wappensprachen können aber deswegen doch nicht als Nationalpolen gelten. Sie wollen auch in ihrer überwiegenden Mehrheit nichts von Polen wissen. Die Polen haben es nur auf die reichen Bodenschätze Oberschlesiens abgesehen und wollen dies Gebiet, schätz auf fremde Nationen, an sich bringen. Das kann nicht die Einleitung eines dauernden Weltfriedens sein. Auch die Wurzeln in Ostpreußen sind ebenbürtig Polen, wie die Kaufleute in Westpreußen. Westpreußen gehört völlig, wirtschaftlich, kulturell durchaus zu Deutschland, und das entspricht auch der geistlichen Entwicklung. Zur Zeit zählt Westpreußen unter 1,7 Millionen Bewohnern 1,1 Millionen Deutsche, hat also eine starke deutsche Mehrheit. Von den Städten hat Elbing 100 Prozent Danzig 97, Graudenz 85, Thorn 82 Prozent deutsche Bevölkerung. Der deutsche Charakter Danzigs wird selbst von den Feinden nicht in Zweifel gezogen.

Abg. Dr. Geytsch (D. Nat.): Alle Parteien dieses Hauses sind in der polnischen Frage einig. In Posen werden die Deutschen in unerhöhrter Weise verdrängt. In einem Konzentrationslager schmachtet jetzt noch 2500 Deutsche. Arrestierbefehle will man zwingen, in die polnische Truppe einzutreten. Dank verdienen der Grenzschutz und die Bürgerwehren. Danzig und Westpreußen müssen deutsch und vor feindlicher Weichung bewahrt bleiben, sonst entsteht der Bürgerkrieg, der dann den Einfall der Volkskrieger zur Folge hat. Wir haben die Empfindung, als ob die Regierung schon Posen von ihrem Konto abhebt hat. Die neuemendeten Erklärungen Erzbergers machten diesen Eindruck. Das darf aber unter keinen Umständen geschehen. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Girsch: Die Regierung denkt nicht daran, die Ostmark preiszugeben. Wir haben alles getan, um die polnischen Ansprüche abzuwehren. Wenn wir dieses Ziel nicht erreicht haben, so sind diejenigen daran schuld, die diesen Krieg herbeigeführt haben. Diese Leute sind identisch mit den früheren Trägern der Polenpolitik. (Lauter rechts und Zurufe: Herr von Geytsch!) Wir waren mit den Ansichten des Herrn von Geytsch nicht einverstanden, und es ist ihm daher auf seinen eigenen Wunsch dieses Respekt genommen worden. Wir hatten

